

# Ideen und Tendenzen in der französischen Wirtschafts- und Agrarpolitik

Von Adolf Weber, Kiel

## I. Einleitung und Bemerkungen zur Methode

Der Beitrag beschäftigt sich mit einigen Unterschieden, die zwischen französischen und deutschen wirtschafts- und agrarpolitischen Auffassungen bestehen. Ihm liegt des weiteren die These zugrunde, daß Mißverständnisse oft deshalb eintreten, weil die Gesprächspartner weder die historisch bedingten Unterschiede noch die vorhandenen Gemeinsamkeiten erkennen.

In dem Beitrag wird versucht, den Zusammenhang von Denken, sozialen Strukturen und agrarpolitischem Handeln an einigen Beispielen aufzuzeigen. Dies erscheint auch deshalb notwendig, weil die in Frankreich entwickelten Vorstellungen in der Tagespolitik mit der als abschreckend empfundenen Bezeichnung *Ideologie* benannt werden. Ideologie wird dabei als eine nicht diskussionswürdige Unkenntnis der Wirklichkeit verstanden. Dabei übersieht man den sozialen Doppelcharakter jeder Idee, die zunächst als geistige Waffe auftritt. Sie enthält schon bei Anbeginn sowohl zeitabhängige und damit relative Wahrheiten als auch Vermutungen. Erst im geschichtlichen Prozeß wandeln sich deshalb viele Vermutungen oder Utopien zu Ideologien. Wenn die Anhänger einer Idee aber als Gruppe überleben wollen, sind sie auch zur Erkenntnis, d. h. zur Prüfung des Wahrheitsanspruchs ihrer Idee, verpflichtet<sup>1</sup>. Da geistige Ideen zur Kommunikation in Worte gefaßt werden müssen, läßt sich die soziale Wirksamkeit einer Idee an der Zahl der Personen in verschiedenen Gruppen messen, die sich des eine Idee repräsentierenden Wortschatzes bedienen und durch ihn die Wirklichkeit betrachten. Die Reflexion über den Wahrheitsgehalt einer Idee findet bei der breiten Durchdringung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen nur sehr beschränkt noch statt, sie gilt als selbstverständlich. Ein gleicher oder verwandter Wortschatz erhöht wiederum sowohl die Gruppenbildung

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu besonders: Hans-Joachim Lieber und Peter Fürth: Art. Wissenssoziologie. HdSw Bd. 12. Stuttgart 1965. S. 337—346.

als auch die Resonanz in der Kommunikation zwischen den Gruppen. Ernste Kommunikationsstörungen treten erst dann ein, wenn das im gruppeneigenen Wortschatz manifest gewordene Gruppendenken auf eine eigenbewußte Fremdgruppe stößt, die andere Vorstellungen der Wirklichkeit hat oder entwickelt. Viele erkennen dann den Doppelcharakter jeder Idee, in der Fremdgruppe ist sie noch oder schon Ideologie. Die Benennung einer Idee als Ideologie ist deshalb vom Standpunkt der Kommunikationsforschung zunächst nichts anderes als eine sprachliche Unmutäußerung über den von einer Fremdgruppe benutzten Wortschatz.

Eine Aufforderung zur Darlegung der Auffassungsunterschiede ist des öfteren gefordert worden. So stellte im Jahr 1963 *Strecker* fest, „daß die Wirtschaftsverfassung in den beiden größten EWG-Ländern von so unterschiedlichen Grundvorstellungen geprägt ist, daß eine Grundsatzdiskussion unerläßlich ist... Denn, wenn diese Verständigung unterbleibt, wird sich eines Tages zeigen, daß die endgültige Verwirklichung der Wirtschaftsgemeinschaft — nicht etwa nur auf den Märkten für Agrarprodukte — durch das fehlende Einvernehmen über die wirtschaftspolitische Grundkonzeption zumindest entscheidend gehemmt wird“<sup>2</sup>.

Auch *Stamer* beleuchtet in seinem Kommentar zur französischen Vorstellung über Erzeugergemeinschaften die Ausgangsbasis: „... so gibt doch vor allem die politische Grundeinstellung zu denken. Dieser Vorbehalt betrifft die Regelung des Wirtschaftsablaufs“<sup>3</sup>.

Auf den Agrarmärkten ist der Gemeinsame Markt im wesentlichen inzwischen erreicht worden. Einige unterschiedliche Auffassungen bestehen aber nach wie vor. Die Methode, die wir zur Darstellung der unterschiedlichen Auffassungen anwenden, ist die Auswahl besonders kritischer und typischer Zitate<sup>4</sup>. Wir wählen dazu sowohl Probleme aus, die in den letzten Jahren zur Debatte standen oder noch stehen, als auch Stellungnahmen, die den bestehenden Kontrast zwischen französischen und deutschen Auffassungen erkennen lassen. An einigen Stellen versuchen wir zu zeigen, daß es trotz der scheinbar unüberbrückbaren Polaritäten des Denkens zu gemeinsamen Handlungen kommt. Damit wird deutlich, wie stark die Auffassungen jeder handelnden Gruppe von der jeweils historisch gewachsenen Umwelt geprägt werden.

<sup>2</sup> Vgl. Otto *Strecker*: Wandlungstendenzen der Absatzorganisation für tierische Erzeugnisse. Züchtungskunde. Bd. 35 (1963). S. 400.

<sup>3</sup> Vgl. Hans *Stamer*: Wettbewerbspolitik in der EWG. Deutsche Landwirtschaftliche Presse 13. 8. 1966.

<sup>4</sup> Um das Lesen zu erleichtern, sind die französischen Zitate im Text in meiner Übersetzung wiedergegeben. Der Interessierte mag auf die Originalquellen zurückgreifen.

Die Schwäche der Methode der Darstellung von Ideen, Vorstellungen und Meinungen durch Zitate liegt darin, daß sie von dem Erfahrungshorizont des Betrachters, der hieraus die ihn interessierenden Probleme auswählt, beeinflusst wird. Deshalb unterbleibt sie in der Regel. Die Wissenssoziologie erfreut sich außerdem gegenwärtig nicht unbedingt eines hohen Ansehens, weil von ihr bisher quantitative Verfahren kaum genutzt wurden. Wir stoßen bei der Abfassung des Beitrages oft auf die Grenzen des Verfahrens. Da wir in diesem Beitrag zunächst die Struktur der Probleme darstellen wollen, begnügen wir uns mit der qualitativen Auslegung. Quantitative Verfahren zur Analyse von Sprachgepflogenheiten gesellschaftlicher Gruppen sind aber möglich, wie Karin *Dovring* in klassischer Weise an Texten verschiedener Persönlichkeiten zur Frage der Bodenreform gezeigt hat<sup>5</sup>.

Auch Otto Walter *Haseloff* hat in einem Rundfunkvortrag<sup>6</sup> auf einige Ergebnisse, die bei der Analyse der Sprache von Politikern gemacht wurden, hingewiesen. Die Stellung des einzelnen in der gesellschaftlichen Hierarchie bestimmt bei öffentlichen Äußerungen maßgeblich das quantitative Verhältnis zwischen Substantiven, Prädikaten und Verben. Je höher der einzelne in der gesellschaftlichen Hierarchie steht, und je mehr er sich seiner Stellung als Entscheidungsträger oder Entscheidungshelfer auch sprachlich bewußt wird, desto mehr verringert er den Anteil der wertenden Prädikate und der ein Engagement für Veränderungen anzeigenden Verben. Mit einem hohen Anteil von Substantiven am Satz wird das Sentiment gewissermaßen abzufiltern gesucht, damit der reine Sachverhalt sich im wertfrei gedachten Substantiv spiegelt. Das Studium von Gesetzestexten, das gemeinhin als trocken gilt, mag hier als Beispiel dienen. Für die nicht an soviel folgenreichen Entscheidungen Beteiligten wird dieser Sprachstil, der den gesellschaftlichen Standort verbirgt, als ein Eintreten für den gesellschaftlichen status quo empfunden. Der konservative Redner wiederum versucht, durch eine häufige Verwendung von Eigenschaftswörtern ein positives Wertsystem aufzubauen, um den nahestehenden Gruppen Sicherheitsgefühle gegen unübersehbare Veränderungen zu vermitteln. Unterprivilegierte Schichten erhöhen dagegen den Anteil der Verben am Satz. Sie manifestieren damit auch sprachlich ihren Ausschluß von den Entscheidungen über Normen und geplante gesellschaftliche Veränderungen. Mit diesen Hinweisen

<sup>5</sup> Karin *Dovring*: Landreform as a Propaganda Theme. In: Folke *Dovring* (Hrsg.): Land and Labor in Europe 1900—1950. Den Haag 1960. S. 264—354. — Karin *Dovring*: Road of Propaganda. The Semantics of Biased Communication. Introduction by Harold D. *Lasswell*. New York 1959.

<sup>6</sup> Otto Walter *Haseloff*: Symbolik und Resonanzbedingungen der politischen Sprache. Rundfunkvortrag — RIAS vom 27. X. 1967.

wollen wir nur aufweisen, daß eine der Hypothesen der Wissenssoziologie, sprachliche Äußerungen als Emanation sozialer Gruppenbildungen aufzufassen, mit den quantitativen Verfahren der Linguistik der Analyse zugänglich wird. Wir kommen deshalb zu der Auffassung, daß eines Tages vielleicht auch quantitative Verfahren zur Bestimmung des Sprachstils der Vertreter der wissenschaftlichen und praktischen Agrarpolitik Aufschlüsse über historische Mißverständnisse geben könnten.

## II. Ist eine Marktwirtschaft mit Planung vereinbar?

Die unterschiedlichen Auffassungen, die zwischen einigen grundlegenden Ideen der französischen und deutschen Wirtschaftspolitik bestehen, rückten erstmals in den Blickpunkt einer größeren Öffentlichkeit, als der damalige Wirtschaftsminister Ludwig *Erhard* und der amtierende Präsident der EWG-Kommission, Walter *Hallstein*, in Straßburg im November 1962 in eine harte Auseinandersetzung über die Frage Plan oder Wettbewerb gerieten<sup>7</sup>. *Müller-Armack* verteidigte auf einer Tagung der List Gesellschaft im Sommer 1963 die von ihm mitkonzipierte Soziale Marktwirtschaft mit den Worten: „Herr Hallstein hat gesagt, wir müßten die Tatsache, daß zum Beispiel in Frankreich und Holland andere Systeme vorhanden sind, respektieren. In der Tat. Wir müssen aber auch beachten, daß in der Bundesrepublik eine andere Ordnungsvorstellung herrscht<sup>8</sup>.“ In Frankreich dagegen fand *Fourastié* den Unterschied, nachdem er einen diesbezüglichen Aufsatz *Müller-Armacks* gelesen hatte, viel weniger groß<sup>9</sup>. Die amtlichen Sprecher der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland befürchteten von der Einführung der längerfristigen Programmierung, die die EWG-Kommission anstrebte, ein saches Abgleiten in die Planwirtschaft. Sie dachten in einstmaligen klaren Antithesen von Plan- und Marktwirtschaft, jeder Zwischenweg mußte zum Verhängnis führen. *Erhard* erklärte: „Man kann nicht auf der einen Seite Wettbewerb und auf der anderen Seite Planung, Planification und Programmie-

<sup>7</sup> Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Nr. 223, 224, 225 vom 4., 5. und 6. Dezember 1962.

<sup>8</sup> Alfred *Müller-Armack*: Diskussionsbeitrag. In: Alfred *Plitzko* (Hrsg.): Planung ohne Planwirtschaft. Frankfurter Gespräch der List Gesellschaft, 7.—9. Juni 1963. Basel, Tübingen 1964. S. 41.

<sup>9</sup> „Après avoir relu l'ensemble du manuscrit de ce livre, je lis l'article court et fort dans lequel M. Alfred Müller-Armack dégage les principes généraux de la politique économique de la République Fédérale Allemande depuis 1948. L'opinion courante des hommes politiques est quelle je ne l'ai pas trouvé profond.“ Vgl. Jean *Fourastié* und J.-P. *Courthéoux*: La planification économique en France. Paris 1963. S. 203.



nung haben wollen<sup>10</sup>.“ Die von ihm bejahte Ordnung wurde in einen Gegensatz zur Planung gebracht. „Was wir brauchen, ist meiner Ansicht nach nicht ein Planungsprogramm, sondern ein Ordnungsprogramm<sup>11</sup>.“ Wirtschaftliche Planung galt in dieser Vorstellung zwar auf der betrieblichen Ebene als zweckmäßig, auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene war sie insbesondere als Planung einzelner Erzeugnisse unzweckmäßig. Hierin drückte sich die Erinnerung aus, daß man mit demselben Recht und auch mit deutscher Zunge Ordnung und Planung in der nationalsozialistischen Zeit als zusammengehörig betrachtet hatte und in planwirtschaftlichen Ländern noch tut<sup>12</sup>. *Hallstein* mußte angesichts der Empfindlichkeit des Publikums seinerseits deshalb seine Absichten verdeutlichen: „Diese Programmierung schränkt nicht die Wahlfreiheit der Produzenten oder der Konsumenten auf dem freien Markt ein. Es findet keine Zuteilung von Produktionsfaktoren an die Unternehmer und keine Rationierung von Produkten für die Konsumenten statt. Deshalb stellt die Programmierung auch keine Beeinträchtigung des Wettbewerbs dar.“ Die Debatte ist inzwischen historisch, die vorgeschlagene mittelfristige Programmierung war nur ein Hilfsmittel oder ein „Orientierungspapier“ (*Hallstein*) für die Wirtschaftspolitik.

Man fragt sich sechs Jahre später, nachdem die mittelfristige Finanzplanung auch im Bundesgebiet eingeführt ist, warum die Debatte mit solcher Leidenschaft geführt wurde. Die Ursache scheint bei dem in damals meinungsbestimmenden Schichten weit verbreiteten Glauben zu liegen, daß der Wiederaufbau in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg allein nach den bisher praktizierten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft erfolgen konnte. Man war sich noch nicht ganz bewußt, daß in anderen westlichen Ländern der Wiederaufbau der darnieder liegenden Volkswirtschaften nach dem Zweiten Weltkrieg unter anderen wirtschaftspolitischen Leitbildern und mit anderen Methoden erfolgte<sup>13</sup>. Erst nach der Debatte in Straßburg erkannten weitere Kreise die Bedeutung der auf der Kissinger Tagung des Vereins für Socialpolitik vorgetragenen Kritik *Salins* an einigen Grundideen an der sozialen Marktwirtschaft. Man konnte die

<sup>10</sup> Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Nr. 223. S. 1895.

<sup>11</sup> Bulletin, a.a.O. S. 1896.

<sup>12</sup> So heißt es im Wörterbuch des Sozialismus. Berlin 1967. S. 352: „Die SED entsprach ... diesen Bedingungen mit der Entwicklung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, das die Vorzüge der sozialistischen Ordnung vollständig ausnützt...“ (Sperrung von mir — A.W.)

<sup>13</sup> Vgl. hierzu: Andrew *Shonfield*: Modern Capitalism. The changing balance of public and private power. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London, New York, Toronto 1965.

These *Salins* jetzt besser verstehen. „Alle Wirtschaftssysteme des Westens sind gemischte Systeme, sind dualistisch oder pluralistisch“<sup>14</sup>.

Inzwischen sind in der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland seit dem Herbst 1966 grundlegende Veränderungen in der Durchführung der Wirtschaftspolitik eingetreten. Gelegentlich wird sie als eine Anpassung an französische Vorstellungen empfunden. Das scheint bei dem Begriff der „konzertierten Aktion“, die dem französischen Konzept der „*économie concertée*“<sup>15</sup> entstammt, der Fall zu sein. Im Konzept der *économie concertée* verfolgen Unternehmer, Arbeiterschaft und andere Gruppen gemeinsam festgelegte Ziele durch vorher verabredete Handlungen (*action concertée*). Der Begriff „konzertierte Aktion“ wird gegenwärtig vom Sachverständigenrat, dem Wirtschaftsminister und dem Kabinett — allerdings ohne den ausdrücklichen Verweis auf die französische Urhebererschaft — benutzt. Den Wirtschaftsverbänden wird damit ein legitimer Platz bei der öffentlichen Diskussion der Wirtschaftspolitik zugewiesen<sup>16</sup>.

Auch die im § 10 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft geforderte Finanzplanung für mehrjährige Investitionsprogramme nähert sich französischen Planungsvorstellungen<sup>17</sup>. Auf der anderen Seite sieht eine Tageszeitung, die zu den frühen Verfechtern der Idee der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland gehört, bei der Interpretation einer Rede des französischen Staatspräsidenten eine deutliche Hinwendung zur Sozialen Marktwirtschaft<sup>18</sup>. Hieran wird die stets subjektiv bleibende Deutung von Vorgängen im Nachbarland als Reduktion auf die eigene Vorstellungswelt deutlich.

Mit dem Scharfblick des fremden Beobachters konnte auf der anderen Seite *Bilger* in seinem dem deutschen Liberalismus wohlwollend gewidmeten Buch „*La pensée économique libérale dans l'Allemagne contemporaine*“ bereits 1964 auf andere Gruppen hinweisen, die zur „Machtübernahme“ und Neuinterpretation der Idee der Sozialen Marktwirtschaft bereitstanden<sup>19</sup>.

<sup>14</sup> Edgar *Salin*: Einführung. Planung — der Begriff, seine Bedeutung, seine Geschichte. In: *Plitzko* (Hrsg.): Planung ohne Planwirtschaft. a.a.O. S. 9.

<sup>15</sup> Der Ausdruck „*économie concertée*“ stammt nach *Fourastié* aus dem Jahr 1945 und wurde von Jean *Monnet* erstmals benutzt. Er wurde später von Michel *Bloch-Lainié* erneuert. Vgl. *Fourastié*: a.a.O. S. 63.

<sup>16</sup> Vgl. Karl *Schiller*: Konjunkturpolitik auf dem Wege zu einer Affluent Society. Kiel 1968. S. 12.

<sup>17</sup> Vgl. BGBl. Teil I. Nr. 32 vom 13. 6. 1967. S. 583.

<sup>18</sup> So heißt es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18. 5. 1967 in einem Kommentar: „Wollte man dieses Ziel, das den Staat nicht zum Organisator des Wandels, sondern zum aktiven Förderer macht, frei übersetzen, dann heißt es schlicht: Soziale Marktwirtschaft.“

<sup>19</sup> Es heißt dazu (meine Übersetzung): „Sie sind heute um die Zeitschrift *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* gruppiert,

Es läßt sich deshalb feststellen, seit der Straßburger Debatte hat die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ihren spezifisch deutschen Charakter eingebüßt. Sie wurde von hier ab internationaler.

### III. Ausgangslage und Quellen unterschiedlicher Wirtschafts- und Sozialauffassung in Frankreich und Deutschland

#### 1. Vielfältige Begründungen zur Wirtschaftsreform

Während des Krieges reifte bei vielen Franzosen der Gedanke heran, nach dem Kriegsende ein Frankreich zu schaffen, das durch eine radikale Reform seiner materiellen, sozialen und kulturellen Institutionen einen angesehenen Platz unter den Nationen einnimmt. Einige Hinweise einflußreicher Franzosen der verschiedensten Richtungen mögen die besondere Zielsetzung nachzeichnen. *Fourastié* berichtet über die weit verbreitete Meinung, daß Frankreich militärisch nur geschlagen werden konnte, weil es in seiner industriellen Kapazität gegenüber dem Deutschen Reich zurücklag<sup>20</sup>. Der Chef der provisorischen Regierung (*de Gaulle*) umriß am 10. März 1944 das Ziel der Wirtschaftsgestaltung dazu in einer Rede in Algier „eine Wirtschaftsordnung, die darauf abzielt, die nationalen Hilfsquellen voll auszuwerten, aber nicht im Dienste von Einzelinteressen, sondern eine Ordnung, wo die reichen Quellen des Volkswohlstandes der Nation gehören, wo der Staat Leitung und Aufsicht unter Mitwirkung der Unternehmensträger ausübt. Die Regierung kann keine Interessenverbände, keine Privatmonopole oder Trusts dulden, deren Fortbestehen in der Ankurbelungsperiode von vornherein die grundlegenden ökonomischen und sozialen Reformen gefährden würde, die heute von der überwältigenden Mehrheit des französischen Volkes gewünscht werden“<sup>21</sup>. Diese Aussage erneuerte im Grunde nur die schon von der Volksfrontregierung 1936 eingeleitete Absage an einen tradierten Wirtschaftsliberalismus, der den Staat nur als eine beson-

---

die die exakte Antwort auf den „Ordo“ darstellt. Hamburg ist zum geographischen Zentrum der sozialdemokratischen Lehre geworden, wie es München für die Christlich-Sozialen und Freiburg für den Liberalismus ist. Wenn man noch nicht von einer Hamburger Schule gesprochen hat, so ist es unbestreitbar, daß sie neu um Karl Schiller existiert...“ (François Bilger: *La pensée économique libérale dans l'Allemagne contemporaine*. Préface de Daniel Villet. Paris 1964. S. 257.)

<sup>20</sup> Fourastié: a.a.O. S. 10.

<sup>21</sup> Zitiert nach: André Piatier: Art. Sozialisierung. HdSw. Bd. 9. Stuttgart 1956. S. 474.

dere Art von Schiedsrichter sieht, um die Einhaltung bestimmter Spielregeln bei den Wirtschaftspartnern zu überwachen. Dem Staat wurde in der Erklärung von Algier nunmehr die Verpflichtung auferlegt, in wichtig erscheinenden Bereichen selbst die Initiative zu ergreifen.

Diese politische Forderung, den Staat zum Organisator des wirtschaftlichen Wandels zu machen, fiel in Frankreich auf günstigen Boden. Der traditionelle Wirtschaftsliberalismus galt in breiten Schichten Frankreichs als eine Lehre mächtiger Handelsnationen zur Festigung ihrer wirtschaftlichen Hegemonie über die übrige Welt. Der Selbstsicherheit, mit der Handelsnationen ihr System des Freihandels vor dem Weltforum im neunzehnten oder dem beginnenden zwanzigsten Jahrhundert ausbreiteten, war in Frankreich schon früh mit Einwänden begegnet worden. Hierzu trug auch die im Liberalismus positive Bewertung der Konkurrenz als eigenständige soziale Kraft bei. Im Geist der philosophischen Strömung des in Frankreich beheimateten Solidarismus wird die Konkurrenz dagegen als ein noch nicht beilegelegter Streit oder als ein vorübergehend ausgebrochener Konflikt in der Kooperation angesehen, denn unter Menschen ist nach dieser Anschauung die Kooperation der primäre, die Konkurrenz nur der sekundäre Vorgang. Die Konkurrenz ist deshalb eher eine zu zügelnde, denn eine mit höherer Ethik auszustattende oder quasi moralische Institution. Man war nur pragmatisch für einen Liberalismus, „qui tourne bien“<sup>22</sup>, kurz, einen Kapitalismus, der sich durch seine Leistungen rechtfertigt.

Auch für die französische Soziologie läßt sich sagen, daß sie schon früh die Synthese einer nach dem Zweiten Weltkrieg gespaltenen Welt suchte. R. Aron nimmt nicht die politisch übliche Polarität der Welt in seinen 1955/56 an der Sorbonne gehaltenen Vorlesungen als Ausgangspunkt einer Bestandsaufnahme, denn „die sowjetischen und kapitalistischen Gesellschaften sind nur zwei Arten ein und desselben Typs: der progressiven, industriellen Gesellschaft“<sup>23</sup>. Von dieser Plattform aus wird die Eigentumsfrage, die die öffentliche Diskussion ganzer Jahrzehnte in Frankreich kennzeichnete, von untergeordneter Natur. Sie wird zu einer Sache der reinen Zweckmäßigkeit, wenn nur bestimmte technische Kontrollaspekte der industriellen Gesellschaft gewährleistet sind. So schreibt André Philip: „Tatsächlich ist Frankreich nicht mehr kapitalistisch... Die Fragen des Eigentums sind zweitrangig geworden, wichtig ist heute vor allem, daß die wirtschaft-

<sup>22</sup> Vgl. François Perroux: *Le capitalisme*, 5. Aufl. Paris 1962. S. 132.

<sup>23</sup> Raimond Aron: *Dix-huit leçons sur la société-industrielle*. Paris 1962. Hier zitiert nach der deutschen Ausgabe: *Die industrielle Gesellschaft*. Frankfurt am Main und Hamburg 1964. S. 37.



liche ebenso wie die politische Macht demokratisiert wird<sup>24</sup>.“ Auch ein französischer Landwirtschaftsminister warnt vor einem in Frankreich in der Landwirtschaft sehr ausgeprägten, aber statischen Begriff des Eigentums, wenn er von jenen spricht, „die noch beim Begriff des Eigentums von Gottes Gnaden stehen“<sup>25</sup>. Die Agrarpolitiker J. Milhau und R. Montagne entscheiden sich ihrerseits, nachdem sie in ihrem Lehrbuch die liberalen und sozialistischen Thesen zum Eigentum gegenüberstellen, für die „utilité sociale“, die soziale Nützlichkeit des Eigentums<sup>26</sup>.

Indem er die deutschen Denkkategorien aufnahm, erklärte R. Mossé auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik 1960 in Kissingen seinen Zuhörern die Ursachen der Unterschiede: „Im Gegensatz zu dem, was sich in Deutschland ereignete, das genug vom Kriegsdirigismus hatte und was hätte erwarten lassen, mit der traditionellen Bindung der Franzosen an die Freiheit zu rechnen, hat Frankreich nach dem Kriegsende Regelungen beibehalten, bisweilen sie noch verstärkt... Man muß deshalb viel weiter gehen und sich fragen, warum die Wähler für die Dirigisten stimmen. Ich möchte es riskieren und sagen, daß die Psychologie des Franzosen einen neuen Zug bekommen hat (der mich vor 25 Jahren bei den Deutschen bestürzte). Sie wünschen, ‚dirigiert‘ zu werden<sup>27</sup>.“ Die Idee, eine Wirtschaftsplanung in Frankreich einzuführen, war in Frankreich das Werk der Linken<sup>28</sup>, die im Nachkriegsfrankreich einen erheblichen Einfluß auf die Formulierung der Wirtschaftspolitik hatte. Auch viele Liberale<sup>29</sup> und Konservative<sup>30</sup> schlossen sich später dieser Auffassung an. Es ist deshalb folgerichtig, wenn Malassis die „Planifikation als eine der grundlegenden sozialen Institutionen“ Frankreichs bezeichnet<sup>31</sup>. Da sehr

<sup>24</sup> André Philip: Weg der Linken. In: Frankreich deutet sich selbst. 12 prominente Franzosen über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Hamburg 1961. S. 118 und zuvor.

<sup>25</sup> Edgar Pisani: Die französische Agrarstrukturpolitik. Der Diplolandwirt. Jg. 13 (1963). S. 6 f.

<sup>26</sup> Vgl. Jules Milhau und Roger Montagne: Economie rurale. Paris 1964. S. 112 f.

<sup>27</sup> Vgl. Robert Mossé: La politique économique française et la concentration. In: Helmut Arndt (Hrsg.): Konzentration in der Wirtschaft. Zweiter Band. Berlin 1960. S. 1419.

<sup>28</sup> Fourastié: a.a.O. S. 6.

<sup>29</sup> Angesichts der Forderung von François Perroux nach einer durchgreifenden Planung zeigt sich der der liberalen Idee gegenüber verpflichtete René Courtin zwar bestürzt, bekennt aber gleichzeitig, daß er das System der französischen Wirtschaftsplanung auch gegenüber seinen deutschen Widersachern verteidigen würde. Vgl. R. Courtin anläßlich der Besprechung des Buches von François Perroux: Le IV<sup>e</sup> plan français. (Collection: Que sais-je? N° 1021.) Paris 1962. Revue d'Economie Politique. Jg. 74 (1964). S. 597.

<sup>30</sup> Fourastié: a.a.O. S. 7.

<sup>31</sup> Vgl. Louis Malassis: Agricultural planning in France. In: International Exploration of Agricultural Economics. Iowa 1964. S. 152.

verschiedene soziale Gruppen an der Ausarbeitung des Planes arbeiten, stellt Planifikation einen eigenständigen französischen Beitrag zu den vielfältigen Versuchen dar, die Wirtschaftsdemokratie in der Marktwirtschaft stärker zu entfalten.

Nach französischer Anschauung stützte sich die Festlegung der Ziele der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik auf eine weit weniger breite Basis. *Bilger* erinnert sich offenbar eines bekannten Spottverses von Heinrich *Heine* auf die Frankfurter Nationalversammlung, wenn er die Bundesrepublik Deutschland als eine „*République des Professeurs*“ bezeichnet<sup>32</sup>. Er erblickt darin außerdem eine Anlehnung an das amerikanische Vorbild<sup>33</sup>. Im Sachverständigenrat, der jährlich ein Gutachten zur Wirtschaftslage vorlegen muß, sieht er neben der klassischen Dreiteilung zwischen Parlament, Regierung und Rechtsprechung eine vierte Macht etabliert<sup>34</sup>.

## 2. Die Unzufriedenheit mit der vom Preismechanismus bewirkten Leistungsbewertung

Die Skepsis gegen das unbehinderte Wirken des freien Spiels der Kräfte oder des Preismechanismus in Frankreich findet sich auch in dem aufschlußreichen Aufsatz von *Massé*<sup>35</sup>. Der Preis stellt danach nur ein augenblickliches Gleichgewicht auf dem Markt her. Weiter geht seine Wirkung nicht. Er sagt nichts über die künftigen Preise. Langfristig oder rückschauend betrachtet, sind die Signale des Marktes deshalb oft falsch und ungeeignet, Produzenten und Konsumenten über die tatsächliche Entwicklung des Marktes zu unterrichten. Wenn die Preisbildung dennoch in Frankreich weiterhin den Wirtschaftseinheiten überlassen bleiben muß, so eigentlich nur deshalb, weil das System in der Praxis flexibler und internationaler als eine einzelstaatliche Preisfestsetzung arbeitet. Die Planifikation ist nach dieser Version deshalb eine — wenn auch nur informative — Versicherung gegen den Zufall. Der Staat kann die Informationsfunktion über die zeitliche Verteilung der großen Risiken für die einzelnen Wirtschaftszweige auch deshalb besser ausüben, weil er die vom Tagespreis

<sup>32</sup> Vgl. *Bilger*: a.a.O. S. 169.

<sup>33</sup> Ein britischer Betrachter stellt zwei Jahre später (1965) schon eine Differenz zwischen dem, wie man die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland bisher deutete und wie sie tatsächlich war, fest, wenn er schreibt: „There is a popular image of the postwar German economy as the nearest European approximation to the American Way of Life. Private initiative is always preferred to public, and the state is kept vigorously in its place. Public enterprise and central planning under the aegis of the government are both firmly rejected. That at any rate is the political legend.“ (*Shonfield*: a.a.O. S. 265.)

<sup>34</sup> *Bilger*: a.a.O. S. 169.

<sup>35</sup> Vgl. *Pierre Massé*: Les principes de la planification française. Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 92. I (1964). S. 127.

nahegelegte Leistungsbewertung aus Mangel an spezifizierten Preisinformationen, wie sie die Betriebe und Haushalte für das tägliche Handeln brauchen, nicht erhalten und auswerten kann. Er hat dafür den Blick frei für die vom technischen Fortschritt ausgelösten Veränderungen auf massenstatistischer Basis.

Die dem freien Preissystem in der Regel eingeräumte Hochschätzung findet sich z. B. auch nicht in den Schriften von *Perroux*, der in der französischen Nationalökonomie in den letzten beiden Jahrzehnten einen *Eucken* vergleichbaren Einfluß hatte. *Perroux* sieht das Preissystem weder als neutral an, was viele Wirtschaftspolitiker<sup>36</sup> nach seiner Auffassung nur im Interesse der Aufrechterhaltung bestehender sozialer Zustände tun, noch billigt er den analytischen Konstruktionen der zeitgenössischen Preistheorie mehr als den Wert einer Abstraktion über einen einzigen Wirtschaftsakt, den Tausch, zu. Das Wirtschafts- und Sozialleben besteht bei ihm neben dem Tausch auch aus Zwang und Geschenk. Das hier gemeinte *Geschenk*, das nicht auf das Pseudogeschenk des den Tausch begleitenden Kunden- oder Werbegeschenks abzielt, konkretisiert sich in den durch soziale Konflikte hervorgerufenen Institutionen. Sie entstehen in jenen Konfliktzonen, die in der „Händlergesellschaft“ (*Perroux*, weil sie im ökonomischen Modell nur durch Waren und nicht durch Informationen über die soziale Teilhabe kommuniziert) nicht allein durch Markttausch rationalisiert werden können. Hier ist zu denken an die öffentlichen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen, Überlassung von Kapital, Gütern und Personen (Entwicklungshelfer) ohne Gegenleistung im zwischenstaatlichen Verkehr, Solidaritätsbekundungen durch Waren- und Geldlieferungen innerhalb eines Staates oder zwischen Staaten und schließlich an institutionalisierte, beabsichtigte „Verlustkonkurrenz“<sup>37</sup>.

*Zwang* übte der mittelalterliche Grundherr wie auch der moderne Staat aus. Der moderne Staat treibt die Steuern oder die Beiträge zur Sozialversicherung ein, unterhält Armee, Polizei und Justiz zur Sicherheit seiner Grenzen und Bürger, zwingt die Kinder zum Schulbesuch usw., weil ohne alle diese Institutionen der kommerzielle Tausch in produktiven Formen nicht möglich ist. Aber alle diese Institutionen haben keinen unmittelbaren Marktpreis. Man folgt der Gewöhnung, um vom Datenkranz oder vom wirtschaftlichen und sozialen Rahmen

<sup>36</sup> So z. B. Walter *Eucken*: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Bern und Tübingen 1952. S. 378.

<sup>37</sup> Vgl. François *Perroux*: Zwang, Tausch, Geschenk. Zur Kritik der Händlergesellschaft. Stuttgart 1961. S. 24. — Auf das von *Perroux* sehr variierte Thema „Geschenk“ gehen wir im weiteren nicht ein, obwohl es im Handel mit Agrarprodukten als Hilfe für die Entwicklungsländer in allen Industrieländern zu den aktuellen Themen gehört.

zu sprechen. Aber *Perroux* nimmt den Finger nicht von der Wunde, wie es eine streng ökonomische Argumentation in freiwilliger Bescheidung tun muß, wenn sie von den Kosten und Voraussetzungen dieser Institutionen ablenkt, um zumindest in der theoretischen Abstraktion im Preissystem wirtschaftliches und soziales Optimum garantiert zu sehen, das nur der Korrekturen bedarf. „Man urteilt weiterhin so, als ob trotz gewisser Anfangsschwierigkeiten die durch den Markt sozialisierten Äquivalenzen: 1. von einer historischen, mit den Interessen der herrschenden Gruppen verbundenen zufälligen Organisation unabhängig wären und 2. als ob sie die Aufstellung genauerer Berechnungen gestatteten, die mit dem Allgemeininteresse der gesamten Gesellschaft übereinstimmen<sup>38</sup>.“ *Perroux* spricht deshalb von dem Mißerfolg der nur über den Markt „sozialisierten“ Berechnungen, weil sich viele Theoretiker — und natürlich auch die Wirtschaftspraktiker — nach wie vor weigern, die externen Verluste und Vorteile voll anzuerkennen. Als Grund führt er an: „Sie entkleiden unseren Kollektivglauben an die marktmäßigen Äquivalenzen jeglicher Mystik, indem sie die Lücken in der rationalen Konstruktion dieser Äquivalenzen aufzeigen<sup>39</sup>.“ Es wird somit bezweifelt, daß die in den Marktpreisen zutage tretenden Äquivalenzen die sozialen Preise der Gesellschaft sind. Der Holzkäufer zahlt beispielsweise nur den Brenn- oder Nutzwert des Holzes. Die sonstigen Funktionen des Waldes als Erholungsstätte oder als Wasserschutzreservoir für die Kulturlandschaft gehen in seine Kostenrechnung nicht ein. Die gesundheitliche Schadenswirkung des Alkoholmißbrauchs wird ebenfalls nicht von den Alkoholherstellern beglichen, sondern sie muß von öffentlichen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen übernommen werden.

Von einer bestimmten Schwelle an dringt die mangelnde Übereinstimmung der allein an den Marktpreisen durchgeführten individuellen Buchführung der Betriebe in das öffentliche Bewußtsein. Bei der nunmehr erfolgenden Konfrontation der individuellen Kosten der Betriebe mit den gesellschaftlichen Kosten wird plötzlich deutlich, daß die Herauslösung der kommerziellen Beziehung aus dem ganzen Netzwerk sozialer Beziehungen den theoretisch anfechtbarsten Punkt sowohl der ökonomischen Theorie als auch der Wertmaßstäbe der „Händlergesellschaft“ darstellt. Die von *Perroux* repräsentierte französische Schule kann natürlich kein besseres Buchhaltungssystem als das Preissystem vorschlagen, das alle tatsächlich bestehenden Unvollkommenheiten beseitigte und alle positiven und negativen Folgewirkungen einkalkulierte. Für die Wirtschaftssubjekte repräsentieren die Preise zugleich das für sie gegebene, feststellbare Wertsystem; die

<sup>38</sup> *Perroux*: Zwang, Tausch, Geschenk. a.a.O. S. 124.

<sup>39</sup> *Perroux*: Zwang, Tausch, Geschenk. a.a.O. S. 125.



dem Prozeß der Preisbildung zugrunde liegenden gesellschaftlichen Elemente in Frage zu stellen, mag ferner auf den Mann der Praxis wie auf den Wirtschaftsforscher als kühnes, aber zugleich nutzloses Gedankenspiel des Sozialphilosophen wirken. Aber es darf nicht übersehen werden, daß hier eine der zentralen Fragen nach den gesellschaftlichen Grundlagen und der Funktionsweise jeder Wirtschaft, sei sie nun Plan- oder Marktwirtschaft, aufgeworfen wird. Das unermüdliche Eintreten *Perroux* für den Unterschied zwischen individueller und gesellschaftlicher Bewertung muß allerdings zu der Überlegung führen, daß eine Vermehrung des Sozialkapitals mit Hilfe der öffentlichen Forschung, Erziehung und Ausbildung angestrebt werden muß. Wissenschaftliche Informationen sind nach dieser Version — und in Übereinstimmung mit der Informationstheorie — die seltensten und wertvollsten Informationen. Sie im Forschungsprozeß zu erzeugen und zu verbreiten, ist deshalb die erste Aufgabe staatlicher Aktivität. Der dynamische Unternehmer *Schumpeters*, der den wirtschaftlichen und organisatorischen Fortschritt — im Gegensatz zum nachhinkenden Wirt — einführt, wird mit diesen Gedanken aus seiner beherrschenden Stellung als Pionier des Fortschritts verdrängt. Er ist nur Folge der staatlichen Aktivität und heftet dem wirtschaftlichen Fortschritt seine persönliche Signatur an. Es wird weiter aus dieser Argumentation offensichtlich, daß die Betonung der sozialen zugunsten der privaten Kosten die Hemmungen beseitigt, die einem Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben entgegengebracht werden.

*Perroux* geht damit weit über die Vorstellung der vielzitierten *Galbraithschen* Gegenmachttheorie hinaus. Die Gegenmachttheorie gipfelt in der Feststellung, daß die andauernde Konzentration wirtschaftlicher Macht auf der Angebotsseite zu artverwandten Gebilden auf der Abnehmerseite führt. Dadurch kommt es bei den Hauptkonkurrenten zu einem Machtgleichgewicht. Für *Perroux* ist diese Beobachtung nur partiell begründet, denn Marktgleichgewichte erfolgen „keineswegs infolge einer natürlichen Harmonie. Sie werden es erst durch organisierte Dialoge, in denen die wirtschaftliche Rechtfertigung der Machtausübung vorgebracht wird, und die Ausübenden gegebenenfalls mehr oder weniger erzwungene Übertragungen ohne sichtbare Gegenleistung zugestehen müssen“<sup>40</sup>. Wie *Perroux* sagt, scheuen sich viele Ökonomen, den wertbehafteten, sozialbezogenen Begriff der Macht zu verwenden, obwohl jede Wirtschaftstätigkeit Machtausübung und Zwang enthält<sup>41</sup>. Machtausübung und Zwang gelten aber als außerwirtschaftlich, sie wirken nur in vorgegebenen

<sup>40</sup> *Perroux*: Zwang, Tausch, Geschenk. a.a.O. S. 96.

<sup>41</sup> François *Perroux*: *L'économie du XX<sup>e</sup> siècle*. Paris 1961. S. 25 ff.

Daten. Hierzu läßt sich ergänzend sagen, daß, sobald geeignete Modelle bekannt sind, die die politische, soziale und ökonomische Macht als meßbares Phänomen behandeln lassen, sie auch zum Gegenstand der Forschung würden.

#### IV. Die Planifikation begann mit einer Information über wünschenswerte Produktionsziele

Das im Ausland am meisten diskutierte Instrument der französischen Wirtschaftspolitik ist die 1946 eingeführte Planung. Sie sollte die Modernisierung der französischen Wirtschaft beschleunigen, um die Vorkriegsstagnation im wirtschaftlichen Wachstum zu überwinden. Die Planifikation war ferner ein politischer Kompromiß zwischen den die ersten Regierungen der Vierten Republik tragenden Links- und Mittelparteien. Sie glaubten, den Weg von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft nicht ohne eine Art von Wirtschaftsplanung freigeben zu können. Die besondere Art der französischen Planung stieß in der Bundesrepublik Deutschland auch deshalb auf Unverständnis, weil man in Deutschland Wirtschaftsplanung mehr oder weniger mit Planung *und* Regelung des marktwirtschaftlichen Prozesses gleichsetzte. Der ursprüngliche Charakter der französischen Planung als Rahmenplanung geht aus den Worten von *Fourastié* hervor: „Der Plan ist nicht ein Befehl, Stahl und Kohle zu produzieren, es ist eine Information, daß diese Produktionsmengen möglich und wünschenswert sind, vereinbar mit einer normalen Entwicklung der Nation“<sup>42</sup>. Der Plan sollte den Unternehmern im Nachkriegsfrankreich gewissermaßen Mut machen, bestimmte Ziele anzusteuern. Die fast unverbindliche Art der Planung für das einzelne Unternehmen stieß aber auch in Frankreich auf Widerspruch. Die Forderung nach strafferer Planung wurde von *Perroux* damit begründet, daß die für die Volkswirtschaft so kostspieligen Oligopolkämpfe damit eingeschränkt werden könnten<sup>43</sup>. In Frankreich wurde der Wunsch nach Planung aber auch durch einen fast vollständigen Mangel an Daten der amtlichen Industriestatistik über die Situation in den einzelnen Industriezweigen gefördert. Die französischen Unternehmerverbände hatten zwischen den beiden Kriegen kaum statistische Büros und volkswirtschaftliche Abteilungen unterhalten. *Shonfield* weist in seiner Untersuchung darauf hin, daß vergleichsweise in Deutschland die Industrie-

<sup>42</sup> *Fourastié*: a.a.O. S. 40.

<sup>43</sup> *François Perroux*: Frankreichs Wirtschaftsprojektionen. Der IV. französische Plan 1962—1965. Berlin 1964. S. 72.

verbände seit langem großes Gewicht auf genaue statistische Unterlagen legen und selbst Vorschätzungen anfertigen<sup>44</sup>.

Die im IV. Plan für die Volkswirtschaft angestrebten Produktionsziele wurden im Generalkommissariat für den Plan von 25 Kommissionen in insgesamt 300 Arbeitsgruppen ausgearbeitet. An der Ausarbeitung des IV. Planes waren 3138 Persönlichkeiten aus der Verwaltung, der Wirtschaft und den Verbänden beteiligt. Darunter waren 107 Landwirte<sup>45</sup>. Nachdem eine Abstimmung der von den Kommissionen und Arbeitsgruppen erarbeiteten Teilziele in horizontalen und vertikalen Kommissionen erfolgt ist, wird der Plan durch die Regierung dem Parlament vorgelegt, das ihn abändert, verwirft oder endgültig bestätigt<sup>46</sup>. Der Plan soll den „Rahmen für die öffentlichen und privaten Investitionen“ abstecken<sup>47</sup>, gleichzeitig ist er das „Instrument der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung“<sup>48</sup>. Da der Planträger aber die Planverwirklichung den privaten Wirtschaftseinheiten ohne Kontrolle überläßt, wurde der Plan nur noch zu einem „Instrument klaren, geordneten Denkens, gleichzeitig eine Methode, um die Bedürfnisse zu ermitteln, die Produktionsziele zu definieren und die dafür notwendigen Mittel richtig auszumachen“<sup>49</sup>. Die Formulierung des ausgeschiedenen Plankommissars *Massé* läßt erkennen, daß der französische Plan „ein Plan der Branchen und nicht ein Plan der Unternehmen oder der Produkte ist“<sup>50</sup>. Die Vier- oder Fünfjahrespläne waren nur verbindlich für den öffentlichen Sektor der Industrie sowie zum Ausbau der zentralen und regionalen Infrastruktur im Verkehrs- und Ausbildungswesen. Mit der Verwirklichung eines freien Güter-, Kapital- und Personenverkehrs innerhalb

<sup>44</sup> *Shonfield*: a.a.O. S. 244 f. „The industrial associations had compulsory powers to collect these statistics under the Nazis. That made the statistics more comprehensive and precise and they have remained so since the collection became voluntary. Indeed one occasionally finds the German industrial association spontaneously providing the kind of forecasting service which in France is officially supplied by the *Commissions de modernisation*. It may not be such a complete service of prediction, but on the other hand it probably competes quite well with the French in accuracy. It may even be of more practical use on occasion. The steel industry, for example, has since 1953 been making 3—5 year forecasts of productive capacity, on the basis of current investment plans.“

<sup>45</sup> Vgl. *Perroux*: Frankreichs Wirtschaftsprojektionen. a.a.O. S. 25.

<sup>46</sup> *Perroux*: Frankreichs Wirtschaftsprojektionen. a.a.O. S. 30 ff.

<sup>47</sup> Der Anteil des staatlichen Sektors (Staat, Körperschaften und verstaatlichte Industrie) an den Gesamtinvestitionen machte nach den Angaben von *Perroux* etwa 53 % aus. Dieser Anteil dürfte in Deutschland, selbst wenn man alle Investitionen, die vom öffentlichen Sektor und den Betrieben mit Staatsbeteiligungen stammen, etwas geringer sein. Mehr als 90 % aller Investitionskredite werden in Frankreich durch den „Crédit National“ kontrolliert. Ebenda. S. 36 und 41.

<sup>48</sup> Vgl. Bruno *Cazes*: Les traits essentiels de la planification française. In: *Plitzko* (Hrsg.): Planung ohne Planwirtschaft. a.a.O. S. 20.

<sup>49</sup> Vgl. *Emile Roche*: Der neue Wirtschaftsgeist. In: Frankreich deutet sich selbst. a.a.O. S. 53.

<sup>50</sup> *Massé*: Les principes. a.a.O. S. 121.

des Gemeinsamen Marktes und der zunehmenden Verflechtung der französischen Volkswirtschaft mit anderen EWG-Ländern wurde im V. Plan auf die Angabe von Produktionszielen für einzelne Sektoren verzichtet<sup>51</sup>.

Da dem technischen Fortschritt in den einzelnen Branchen die Priorität vor der Erfüllung von Planaufgaben eingeräumt war, mußte sich die Planifikation allmählich an die geeigneten Einsatzstellen herantasten. Die Planifikation war deshalb bei Beginn noch nicht so sehr darauf gerichtet, der Wirtschaftspolitik eines marktwirtschaftlichen Landes nach Festlegung der Ziele ein genau bezeichnetes Instrumentarium bereitzustellen. Erst mit dem V. Plan (1966—1970) wird die Planifikation zur Rationalisierung der Wirtschaftspolitik eingesetzt<sup>52</sup>. Zwischen der praktizierten mittelfristigen Finanzplanung in der Bundesrepublik Deutschland und dem Instrumentarium der französischen Wirtschaftspolitik bestehen jetzt hinsichtlich der Anerkennung der Aufstellung mehrjähriger, staatlicher Finanzpläne früher nicht vorhandene Gemeinsamkeiten.

## V. Vom Einfluß der Planifikation auf die Agrarwirtschaft

Die ersten Vier- oder Fünfjahrespläne enthielten noch genaue Angaben über die Produktionsziele, die für die französische Landwirtschaft als realisierbar galten. In dem die Periode 1966—1970 deckenden V. Plan ist auf die Angabe von Produktionszielen für einzelne Produktionszweige verzichtet worden. Im V. Plan wird aufgrund sogenannter technischer Studien angenommen, daß der Bruttoproduktionswert der französischen Landwirtschaft jährlich um 1,7 % real pro Jahr steigen wird. Infolge der Auflösung von landwirtschaftlichen Betrieben wird eine Zuwachsrate von 4,8 % pro Jahr je Hof angenommen. Detaillierte Angaben über die Entwicklung des Agrareinkommens nach Betriebsgröße, Bodennutzungssystem und Wirtschaftsregion, wie sie im Grünen Bericht seit 1956 in der Bundesrepublik Deutschland üblich sind, fehlen in Frankreich völlig. Offenbar fehlen der Planifikation noch immer die statistischen Unterlagen auf breiter Basis über die Wirtschaftsergebnisse buchführender landwirtschaftlicher Betriebe.

<sup>51</sup> Commissariat général du plan d'équipement et de la productivité. Fünfter Plan. Plan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung (1966—1970). Paris 1967.

<sup>52</sup> Vgl. Rüdiger von Torklus: Neue Instrumente zur Steuerung des Wirtschaftswachstums. Zur Wirtschaftsplanung in Frankreich. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. Zweites Heft. 1967. S. 215—227.



Ein Einfluß auf die Strategie der staatlichen Investitionen, den die bisherige Planifikation auf gesamtwirtschaftlicher Ebene mit sich brachte, ist jedoch nicht auszuschließen. In der Bundesrepublik Deutschland wird zum Beispiel der Einkommensausgleich entsprechend der Zielsetzung des Landwirtschaftsgesetzes von 1955 und der Finanzlage des Bundeshaushaltes zwar von Jahr zu Jahr flexibel gehalten. Unter der kurzfristigen Zielsetzung leidet aber eine mehr strategisch orientierte Diskussion, die der der französischen Plankommission gleichkäme. Durch die Fülle von Daten, die der Öffentlichkeit mit der Vorlage des Grünen Berichtes jährlich geboten wird, ist die Diskussion auf der Ebene des Bundes über den langfristig angestrebten Ausbau der Infrastruktur, der Raumordnung, der Agrarstruktur, der Marktstruktur, der Entwicklung der Sozialstruktur usw. gleichsam zurückgedrängt. Die im Deutschen Bundestag stattfindende Debatte, die in die breite Öffentlichkeit dringt, beschränkt sich auf den kurzen Zeitabschnitt eines Jahres, der mit der Vorlage des „Grünen Berichtes“ und der parlamentarischen Verabschiedung des „Grünen Planes“ umrissen ist. In Frankreich tritt dem auswärtigen Beobachter in der öffentlichen Diskussion der angestrebte langfristige Ausbau der Infrastruktur viel stärker entgegen (z. B. im IV. Plan die Errichtung eines Netzes von Schlachthöfen, der Aufbau von 35 nationalen Obst- und Gemüsemärkten, die Verwirklichung großer Bewässerungsprojekte, die Schaffung zentralisierter Forschungseinrichtungen usw.).

Die Notwendigkeit, die jährliche Debatte um die Einkommenssituation durch eine langfristige Perspektive zu ergänzen, drückt sich deshalb in der Bundesrepublik in den mit unterschiedlicher Intensität in den einzelnen Bundesländern zum Programm erhobenen Entwicklungsplänen aus<sup>53</sup>. Die im Bundesgebiet neuerlich zu beobachtenden Ansätze einer Planung der landwirtschaftlichen Infrastruktur im weiteren Sinne sind sowohl eine Folge des föderalen Staatsaufbaus als auch die Konsequenz der auf die Organe der EWG übergegangenen Preispolitik.

Die Planifikation der Landwirtschaft, die als Vorhaben zur Modernisierung und Ausrüstung der Landwirtschaft mit industriellen Produktionsmitteln begann, steuerte den Einkommensstrom für die Landwirtschaft viel früher als in Deutschland auf dauerhaftere Investitionsträger. Der einzelne Hof konnte es bei dem dynamischen Umbruch nicht mehr sein. Der französische Agrarökonom René

<sup>53</sup> Für Schleswig-Holstein: Helmut Lemke: Schleswig-Holstein in Europa. Zur EWG-Anpassung. (Schriftenreihe des Amtes für Staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein. H. 11.) Kiel 1964. — Für Niedersachsen, vgl. Wilfried Hasselmann: Agrarpolitik in Niedersachsen. Agrarpolitische Zielsetzungen. Hrg. von der CDU in Niedersachsen. Hannover o. J. (vermutlich 1967).

*Dumont* wunderte sich deshalb bei einer Deutschlandreise zu Beginn der fünfziger Jahre, mit welcher Ernsthaftigkeit seine deutschen Gesprächspartner in ihrer Siedlungspolitik bemüht waren, dem kleinen Betrieb in der Landwirtschaft eine Chance zu geben<sup>54</sup>.

Die französische Agrarpolitik faßte infolge einer eingeschätzten, geringen Überlebenschance des Kleinbetriebs von vornherein stärker den Ausbau der sozialen Sicherheitssysteme für die landwirtschaftliche Bevölkerung ins Auge. Das französische Konzept, Gemeinschaftseinrichtungen — anstelle des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes — zu fördern, hatte deshalb bei der Errichtung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds in Brüssel die größere Chance, als Gemeinschaftspolitik akzeptiert zu werden.

Man kann die andere Akzentuierung in der Konzeption der Agrarpolitik allerdings nicht allein auf die Wirkung der Planifikation zurückführen. Die französischen Agrarpolitiker und führenden Landwirte hatten fast ein Jahrzehnt eher als die deutschen Kollegen die Möglichkeiten, sich über die Bedingungen und Entwicklungstendenzen einer modernen Landwirtschaft im Ausland zu orientieren. Sie entdeckten dabei nicht nur, daß Frankreich ein großes landwirtschaftliches Produktionspotential mobilisieren konnte, sondern daß sich gerade mit Hilfe der Planifikation und des zentralisierten Agrarkredits die Investitionen auf die Bereiche mit den größten Notwendigkeiten und den höchsten Erträgen konzentrieren lassen. Die zunehmende theoretische Beschäftigung, Kriterien für die strategisch entscheidenden Investitionen zu finden, deutet den Einfluß an, den die Planifikation auch auf die agrarökonomische Forschung nimmt<sup>55</sup>.

## VI. Von den nationalen zu internationalen Agrarmarktregelungen

Die Einführung der Planifikation in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg entsprang neben der Unzufriedenheit mit der veralteten Wirtschaftsstruktur noch anderen Motiven. Gegen ein freies Spiel der Marktkräfte werden neben den schon erwähnten ökonomisch-sozialen besonders humanitäre Gründe angeführt. Die Skepsis gegen die alleinige Wirkung des Marktes im Hinblick auf die Landwirtschaft kennzeichnet am besten ein Zitat aus dem Lehrbuch von *Milhau und Montagne*: „... daß der Markt mit seiner Logik vielmehr die indu-

<sup>54</sup> Vgl. René *Dumont*: *Types of Rural Economy*. Studies in World Agriculture. London 1957. S. 369. (Französische Originalfassung. *Economie agricole dans le monde*. Paris 1954.)

<sup>55</sup> Vgl. Philippe *Mainié*, Jean *Fontaine* et Bernard *Villain*: *Les effets du crédit sur le choix des investissements dans une industrie „lourde“*. *Economie Rurale*. N° 73. Juillet-September 1967. S. 54—90.

strielle Expansion vorantreibt. Dies wird durch die profunde Philosophie des Marktes bestimmt, der eine egoistische Institution ist, dem alle Vorstellungen von Gerechtigkeit und Humanität fremd sind<sup>56</sup>.“ Es ist ganz natürlich, daß mit diesem Verweis die Hemmungen gegen einen Eingriff in den Ablauf der Agrarmärkte schwinden.

Die Geschichte staatlicher Agrarmarktregelungen wird in der Literatur vielfach noch als ein Sündenfall der Wirtschaftspolitik behandelt. Es wird so getan, als verändere die Technik (Lagerhaltung, Nachrichten- und Verkehrswesen, Forderung nach Preis- und Einkommensstabilität usw.) nicht die Rolle und die Möglichkeiten staatlicher Interventionen. Es wird oft einer ausschließlich politisch bedingten Konstellation eines Landes zugeschrieben, wenn ein Land dazu übergeht, die Preise auf neue Weise zu regeln. Das Ereignis wird dann fast ausschließlich isoliert in der Sicht eines Landes behandelt.

In Deutschland wurde beispielsweise der berühmte Antrag zur Schaffung des Getreidemonopols im Deutschen Reichstag im Jahr 1894 von der Konservativen Partei — dem Grafen *Kanitz-Podangen* — eingebracht<sup>57</sup>. In Frankreich stammte der gleiche Vorschlag aus demselben Jahr von dem Sozialistenführer *Jean Jaurès*<sup>58</sup>.

Die Agrarmarktregelungen in den dreißiger Jahren mit dem Getreide- und Weinamt waren in Frankreich ein Werk der Linken. Der damalige Landwirtschaftsminister *Jean Monnet* (1936—1938) entwickelte weiter schon den Vorschlag, die Erzeuger durch Abstimmung für Gemeinschaftsregelungen beim Absatz zu gewinnen<sup>59</sup>. Das Gesetzgebungswerk *Pisanis* knüpfte an dieser Tradition wieder an. Wenn wir auch die Reichsnährstandsepoche mit ihren Markt- und Preisregelungen als „rechte“ Lösung aus unserer Betrachtung ausschließen, so läßt sich dennoch angesichts einer durchaus unterschiedlichen politischen Struktur in beiden Ländern in der Vergangenheit die vergleichende Feststellung treffen, daß bestimmte Sachfragen den jeweils vorherrschenden und aktiven Kräften eine Stellungnahme abverlangt.

<sup>56</sup> Vgl. *Jules Milhau* und *Roger Montagne*: *L'agriculture aujourd'hui et demain*. Paris 1961. S. 1.

<sup>57</sup> Antrag Nr. 287 vom 7. April 1894 von Hans Wilhelm Alexander Graf von *Kanitz-Podangen* und Genossen. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 9. Legislaturperiode, II. Session 1893/94. Zweiter Anlageband Nr. 118—353 der amtlichen Drucksachen des Reichstages enthalten, S. 1414. — Der Abgeordnete Graf von *Kanitz* scheute sich in der Debatte, genau zu sein: „Ich weise ungern auf die Vorgänge in fremden Ländern hin ... der französische Patriotismus, der Alles einsetzt für die Wehrkraft des Landes ... Es ist derselbe Patriotismus, welcher auch jetzt wieder die Erhöhung der landwirtschaftlichen Schutzzölle durchgesetzt hat ...“ Ebenda, von der 64. Sitzung am 6. März 1894 bis zur 86. (Schluß-)Sitzung am 19. April 1894. Dritter Band. 81. Sitzung vom Freitag, den 13. April 1894.

<sup>58</sup> Vgl. *Fritz Baade*: *Agrarsozialismus*. In: HdSw. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 101.

<sup>59</sup> Vgl. *Gordon Wright*: *Rural Revolution in France. The Peasantry in the Twentieth Century*. Stanford 1964. S. 66.

Ob eine agrarpolitische Maßnahme deshalb eine „linke“ oder „rechte“ ist, läßt sich im internationalen Vergleich nicht mehr so sicher benennen, wie es die Vorstellungen in einem einzelnen Land eingeben. Man kann geneigt sein, die erwähnten Maßnahmen zur Schaffung eines Getreidemonopols auf einen protektionistischen Kern kontinental-europäischen Denkens zurückzuführen, obwohl inzwischen alle Industriestaaten heute ähnliche Regelungen des Getreidepreisniveaus haben.

Ein freier Welthandel mit Agrarerzeugnissen hat mit dem Eintritt der selbständig gewordenen Entwicklungsländer in den internationalen Warenaustausch eine neue Dimension bekommen, die früher unbeachtet blieb. Ein französischer Agrarpolitiker zögerte deshalb nicht, das niedrige Niveau der Weltmarktpreise für Agrarerzeugnisse, die die Entwicklungsländer anbieten, moralisch zu verurteilen: „Die Preise des ‚Weltmarktes‘ für Agrarerzeugnisse können legitimerweise als anomal niedrig betrachtet werden, das sind Schleuderpreise, Ergebnis des wechselseitigen Dumpings. ... Aber es sind die armen Länder, die sie von den reichen Käufern akzeptieren müssen, wie England, Deutschland oder die USA, und die damit bisweilen selbst mit einem Bewußtsein vollkommener Ehrenhaftigkeit stehlen. Das Neue Recht (eine Weltentwicklungssteuer — A. W.) würde diese Bedeutung der geschützten Agrarpreise auf die Gesamtheit der Welterzeuger ausdehnen und nicht nur auf die reichsten unter ihnen<sup>60</sup>.“ Selbst wer der Darstellung des Autors hinsichtlich der aufgezählten Länder nicht ganz folgt, von dem sein Landsmann *Perroux* sagt, er sei „un esprit ouvert au socialisme“, darf sich nicht selbstsicher beruhigen. Die internationale Debatte hat das Thema der Weltmarktpreise für Agrarerzeugnisse der Entwicklungsländer inzwischen aufgegriffen.

In dem Abschnitt einer neueren päpstlichen Enzyklika „Kein Liberalismus“ taucht dieser Gedankenweg wieder auf. „Die Spielregel der freien Marktmechanik kann also für sich allein die internationalen Beziehungen nicht regieren. Ihre Vorteile sind klar, wo es sich um Partner von nicht allzu ungleichen wirtschaftlichen Bedingungen handelt: Es stachelt den Fortschritt an und belohnt die Anstrengung. Deshalb sehen die Industrieländer darin ein Gesetz der Gerechtigkeit. Aber es ist etwas anderes, wenn die Bedingungen von Land zu Land zu ungleich sind: Die Preise, die sich frei auf dem Markt bilden, können ganz verderbliche Folgen haben. Man muß es einfach zugeben: Damit ist das Grundprinzip des Liberalismus als Regel des Handels in Frage gestellt<sup>61</sup>.“

<sup>60</sup> Vgl. René *Dumont*: Cuba, socialisme et développement. (Collection: Esprit, Frontière Ouverte.) Paris 1964. S. 176.

<sup>61</sup> *Populorum Progressio*. Über den Fortschritt der Völker (Rundschreiben Papst Paul VI. vom 26. März 1967). 4. Aufl. Recklinghausen 1967. S. 29.



Die oben geschilderte mangelnde Durchschaubarkeit der sozialen Nebenwirkungen des Preissystems auf nationaler Ebene gilt natürlich auch für den internationalen Bereich. Insbesondere die Souveränität unterschiedlich großer und wirtschaftlich voneinander grundverschiedener Volkswirtschaften läßt die positiven Wirkungen des einzelstaatlichen Zwanges nicht unmittelbar auf internationaler Ebene zum sozialen Ausgleich kommen. Die auf eine einzelne Volkswirtschaft gerichtete Sicht bedarf deshalb im Weltmaßstab der internationalen Ergänzung, ebenso wie eine ausschließlich betriebswirtschaftliche Deutung der Volkswirtschaft unzureichend bliebe. Einen notwendigen, wenn auch allein nicht ausreichenden Schritt stellen deshalb die Bemühungen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise durch Internationale Warenabkommen für die Entwicklungsländer dar<sup>62</sup>.

Der Vorschlag *Pisanis* zur Stabilisierung der Weltagrarpreise vom Jahr 1962 ist deshalb in jener Atmosphäre zunehmender internationaler Verantwortung gewachsen. Die Industrieländer sollten danach ihre aus Entwicklungsländern importierten Agrarprodukte zu Preisen kaufen, die über dem jetzigen — „künstlichen“ — Weltmarktpreis liegen. An die Entwicklungsländer sollen diese Produkte dagegen zu niedrigeren Preisen geliefert werden. Sehen wir von den technischen Problemen einer Regulierung der Weltagrarmärkte ab<sup>63</sup>, so mochten wohl nur die von der „Rechtmäßigkeit“ oder „Gerechtigkeit“ des internationalen Preissystems überzeugten Publizisten den Vorschlag als „Welt dirigismus“ bezeichnen. Hinter dem Beschluß der Kennedy-Runde, einen Weltnahrungsmittelfonds in Höhe von 4,5 Millionen Tonnen Getreide zu bilden, steht „die bewußt gewordene Machtausübung“ der dominanten Mächte, die eine zusätzliche Rechenschaftslegung vor dem Weltforum verlangt. Der Einfluß dieser Gedanken, das freie Preissystem für Agrarerzeugnisse auf den Weltmärkten kritisch zu betrachten, findet sich auch in der letzten päpstlichen Enzyklika<sup>64</sup>.

Es stehen sich nämlich in vielen Fällen auch bei Agrarerzeugnissen gar nicht mehr die einzelnen Produzenten verschiedener Länder allein im Wettbewerb gegenüber, sondern es ist die unterschiedliche materielle und geistige Infrastruktur einer Volkswirtschaft, die den Wettbewerbsgrad zwischen den Produzenten entscheidend prägt. Abgesehen von den tropischen Produkten Kaffee, Kakao, Tee und Bananen, stehen die Entwicklungsländer z. B. bei Getreide, Ölen und

<sup>62</sup> Vgl. François Perroux: *L'économie des jeunes nations. Industrialisation et groupements de nations*. Paris 1962. S. 76 ff.

<sup>63</sup> Siehe hierzu: Johann Hans Richter: A Note on „The Pisani Plan“. *International Journal of Agrarian Affairs*. Vol. III (1963) No 5. S. 294—300.

<sup>64</sup> *Populorum Progressio*. a.a.O. S. 30.

Fetten, Zucker, Faserpflanzen, Fleisch, Milch und Eiern in einer so eindeutigen produktionstechnischen Unterlegenheit gegenüber den Industrieländern, daß man von einem „fairen“ Wettbewerb zwischen beiden Ländergruppen kaum noch sprechen kann.

## VII. Der französische Genossenschaftssozialismus

### 1. Unterschiedliche Ansatzpunkte und Zielvorstellungen der Genossenschaftsidee in Frankreich und Deutschland

Anläßlich der Debatte um die landwirtschaftlichen Erzeugergemeinschaften, die durch einen Verordnungsentwurf der EWG-Kommission in Deutschland intensiviert wurde, kam vielen Organisationen und Beobachtern in Deutschland erstmals die Tatsache zum Bewußtsein, daß der französische Staat ein aktiver Förderer jedweder Art von Genossenschaften ist. Während in Deutschland Genossenschaften in der breiten Öffentlichkeit weithin als Selbsthilfeeinrichtungen des Mittelstandes gelten<sup>65</sup>, werden in Frankreich Genossenschaften auch heute noch in erster Linie als Eigenveranstaltungen des Konsumenten oder der Arbeiterschaft gesehen. Das spiegelt sich deutlich in der 1962 in 2. Auflage erschienenen Schrift von G. Lasserre, *La coopération*<sup>66</sup>. Genossenschaften werden in erster Linie vom Standpunkt der Konsumgenossenschaft behandelt. Einen breiten Raum nehmen ferner die Produktivgenossenschaften ein, obwohl ihre wirtschaftliche Bedeutung auch in Frankreich nahezu unbedeutend ist. Produktivgenossenschaften gelten immer noch als Vollgenossenschaften oder stellen das Idealbild der Genossenschaft dar, weil die Genossenschaftler sowohl ihr Kapital als auch ihre Arbeitskraft im genossenschaftlichen Betrieb einsetzen. Die Gesetzesinitiative zur Gruppenlandwirtschaft, bei der landwirtschaftliche Betriebe sich bis zu einer Mindestgröße mit finanzieller Unterstützung des Staates zusammenschließen können, hat hier sicherlich in Erinnerung an die frühen Lehren von *Fourier, Owens* u. a. ihre Wurzeln<sup>67</sup>.

<sup>65</sup> Vgl. Carl Schumacher: Die Genossenschaftsgesetze in den EWG-Ländern. Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen. Bd. 15 (1965). S. 200. — Gunther Aschhoff: Die Geschichte der genossenschaftlichen Wirtschafts- und Marktverbände in Deutschland. In: Geschichte, Struktur, und Politik der genossenschaftlichen Wirtschafts- und Marktverbände. (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Bd. XV). Karlsruhe 1965. S. 11—77.

<sup>66</sup> Georges Lasserre: *La coopération*, 2<sup>e</sup> édition. Paris 1962.

<sup>67</sup> Zur „Agriculture de groupe“ besonders Karl Krebs: Französische Rechtsgrundlagen zur Förderung des Verbundes landwirtschaftlicher Betriebe zu gemeinsamer Nutzung. Agrarwirtschaft. Jg. 15 (1966). S. 27—34.

Die in Deutschland so wichtigen Hilfsgenossenschaften des Handels und des Handwerks (Typ: *Schulze-Delitzsch*) finden bei *Lasserre* kaum Erwähnung. Man könnte einwenden, daß bei der Konzeption des Buches der Autor nur der Tatsache Rechnung getragen hat, daß die Genossenschaften des Handels und des Handwerks in Frankreich wenig hervortreten. Aber die wirtschaftliche Bedeutung der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist auch in Frankreich unvergleichlich größer als die der Konsum- oder Produktivgenossenschaften. In der erwähnten Schrift stellen die landwirtschaftlichen Genossenschaften jedoch einen Sonderfall dar. Die französischen Konsumgenossenschaften haben mit einem Marktanteil von 3 bis 4 % am Lebensmittelabsatz sogar noch einen geringeren Anteil als die deutschen Konsumgenossenschaften, die trotz Bedrängung und Auflösung im Dritten Reich nach der Neugründung immerhin wieder einen Marktanteil am Lebensmittelabsatz (ohne Umsatz des Bäcker- und Fleischerhandwerks) von 8 % erlangt haben.

Im Gegensatz zu der zitierten französischen Lehrbuchdarstellung wird in den in Deutschland dem Genossenschaftswesen gewidmeten neueren Darstellungen von *Henzler*<sup>68</sup> und *Draheim*<sup>69</sup> versucht, die einzelnen Genossenschaftszweige nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu berücksichtigen. Ähnliches gilt auch für ein 1964 in den USA erschienenen Lehrbuch<sup>70</sup>, in dem die landwirtschaftlichen Genossenschaften entsprechend der dortigen Bedeutung den zentralen Platz einnehmen. Die Ursache der in französischen Darstellungen eingeräumten Priorität der Verbrauchergenossenschaften gegenüber den Erwerbsgenossenschaften der Landwirte und des gewerblichen Mittelstandes liegt in dem noch nachwirkenden Erbe der Ursprünge der französischen Genossenschaftsbewegung.

Die französischen Genossenschaften wurden entsprechend der Ideenwelt der Frühsozialisten *Charles Fourier* (1772—1837) und *Louis Blanc* (1811—1882) als wirtschaftliche Kampftruppe einer angestrebten Gesellschafts- und Lebensreform angesehen. Der Historiker und sozialistische Politiker *Louis Blanc* trat bekanntlich nicht nur für die genossenschaftliche Organisation der Landbewirtschaftung ein, sondern auch für eine genossenschaftliche Organisation der Industriearbeit. „Produktivassoziationen“ sollten durch staatliche Kredite allmählich in den Stand gesetzt werden, die bisherige, auf Einzeleigentum beruhende industrielle Produktionsweise abzulösen. Die

<sup>68</sup> Reinhold *Henzler*: Die Genossenschaft, eine fördernde Betriebswirtschaft. Essen 1957.

<sup>69</sup> Georg *Draheim*: Die Genossenschaft als Unternehmungstyp. 2. Aufl. Göttingen 1955.

<sup>70</sup> Vgl. Ewell Paul *Roy*: Cooperatives: Today and Tomorrow. Danville, Illinois 1964.

Gründung der „ateliers nationaux“ in der Zweiten Republik von 1848 fußte auf den Ideen *Blancs*. In Deutschland war Ferdinand *Lassalle* sein geistiger Weggenosse. Die Genossenschaftspioniere Friedrich Wilhelm *Raiffeisen* und Hermann *Schulze-Delitzsch*, die um die Zeit *Blancs* in Deutschland wirkten, hatten im Vergleich dazu bescheidene und viel weniger auf eine durchgreifende Gesellschaftsreform gerichtete Ziele. Sie wollten die Gesellschaft nicht mit Hilfe von Genossenschaften radikal verändern, sondern in erster Linie in der bestehenden Gesellschaft die wirtschaftliche Notlage von Bauern und Handwerkern lindern. Die Organisation der ländlichen Kreditgenossenschaften, die sich nach dem System *Raiffeisens* in der ganzen Welt ausbreitete, machte *Raiffeisen* vielleicht zum erfolgreichsten Genossenschaftler der Welt<sup>71</sup>.

Die Gedanken eines *Schulze-Delitzsch* sind dagegen außerhalb des deutschen Sprachraumes kaum bekannt und wirksam geworden, obwohl sein Wirken als Organisator, als Abgeordneter und als Publizist für die gewerblichen Genossenschaften eher glanzvoller und erfolgreicher als das *Raiffeisens* war.

*Schulze-Delitzsch* hatte, da er mit den Genossenschaften keine Gesellschaftsreform anstrebte, auf der anderen Seite aber auch keinen Grund gesehen, besondere Konsumvereine für Arbeiter zu gründen<sup>72</sup>.

Die Entwicklung von Konsumgenossenschaften der Arbeitnehmer setzte außerdem in Deutschland sehr spät ein, weil *Lassalle* die Konsumgenossenschaften infolge eines von ihm angenommenen „ehernen Lohngesetzes“ mit einem Verdikt belegt hatte. Er trat deshalb für die mit Staatskrediten gegründeten Produktivassoziationen ein. Auch nach seinem Tode im Jahr 1864 setzte sich der Gedanke der Konsumgenossenschaft in Deutschland nur zögernd durch. Auch Karl *Marx* maß den Genossenschaften keinerlei eigenständige Kraft für die von ihm angesteuerte soziale Umwälzung bei. Erst der Sieg der Revisionisten in der deutschen Sozialdemokratie nach dem Erfurter Parteitag 1891 erlaubte auch in Deutschland eine zügigere Entfaltung der Konsumgenossenschaften.

Die Form der Erwerbsgenossenschaft als Selbsthilfeeinrichtung von Selbständigen war in Deutschland inzwischen materiell und geistig so weit gefestigt, daß die Verbrauchergenossenschaften nicht mehr den zentralen Platz — wie z. B. in England —, sondern eher die Rolle

<sup>71</sup> So urteilt z. B. *Roy*: *Cooperatives: Today and Tomorrow*. a.a.O. S. 75.

<sup>72</sup> Der Einfluß von *Schulze-Delitzsch* auf die Gründung von Konsumvereinen reichte bis in die Arbeiterschaft. Bei der Abstimmung zur Gründung von Arbeiterkonsumvereinen anläßlich eines Vortrages von *Lassalle* verließen 40 der insgesamt 440 Stimmberechtigten mit einem Hoch auf *Schulze-Delitzsch* den Saal. Vgl. Ferdinand *Lassalle*: *Arbeiter-Lesebuch*. Rede Lassalles zu Frankfurt am Main am 17. und 18. Mai 1863. Nach einem stenographischen Bericht. 7. Aufl. Berlin 1878. S. 72.



des Außenseiters in der Genossenschaftsbewegung einnehmen mußten. In Frankreich, wo viele Schattierungen des Genossenschaftssozialismus von *Fourier* und *Proudhon* bis hin zu *Blanc*, um nur die wichtigsten zu nennen, vor und nach *Marx* nebeneinander bestanden und wirkten, war die Ablehnung der Konsumgenossenschaften durch *Marx* infolgedessen wenig wirksam. Die Konsumgenossenschaften bildeten im Bewußtsein einer breiten Front französischer Sozialisten den Vortrupp einer friedlichen Gesellschaftsreform.

## 2. Die Erneuerung der Genossenschaftsidee durch Charles Gide

Vor dem Ersten Weltkrieg und zwischen den beiden Kriegen übte der Nationalökonom und Solidarist Charles *Gide* (1847—1932) einen entscheidenden Einfluß auf die Erneuerung und Verfestigung der Genossenschaftslehre in Frankreich aus<sup>73</sup>.

Die Konsumgenossenschaften wurden von *Gide* als die wahren Genossenschaften angesehen, weil das Konsumenteninteresse noch am ehesten mit dem Allgemeininteresse zusammenfällt. Die Konsumgenossenschaften galten bei *Gide* als diejenigen, die den gerechten Preis (*prix juste*) einführten. Von dieser Position entwickelte *Gide* eine Dreistufentheorie der friedlichen genossenschaftlichen Durchdringung der Volkswirtschaft vom Verbraucher aus. In der ersten Stufe sollte der Handel, in der zweiten Stufe die Industrie und in der dritten Stufe die Landwirtschaft — als Produktivgenossenschaft — genossenschaftlich organisiert sein. Das Endziel war eine totale Vergenossenschaftlichung der Wirtschaft in der „*République coopérative*“, um den Verfassungsauftrag der Republik nach Demokratie nicht nur im Staat, sondern auch in der Wirtschaft zu verwirklichen.

Die von *Gide* am Collège de France in Paris gehaltenen Vorlesungen waren von einem großen Optimismus hinsichtlich der Genossenschaften als eine sich in der ganzen Welt rasch ausbreitende Unternehmensform getragen. Er untermauerte seine Thesen über das Anwachsen der Genossenschaftsbewegung mit steigenden Mitgliederzahl-

<sup>73</sup> Der Einfluß der Lehren von *Gide* geht weit über den Genossenschaftssektor hinaus. *Gide* hat u. a. mit dem Nationalökonom Charles *Rist* eine in vielen Auflagen erschienene „*Histoire des doctrines économiques*“ geschrieben. — Zu den genossenschaftlichen Ideen von *Gide* siehe: Charles *Gide*: Das genossenschaftliche Programm und die sozialistischen Schulen. Übersetzt von A. *Thurow*. Basel 1926. — *Ders.*: *Le coopératisme*. 5<sup>e</sup> éd. Paris 1929. Deutsch unter dem Titel: Der Kooperatismus. Halberstadt 1929. — Über *Gide*: *Dictionnaire des sciences économiques*. Tome premier. A. à I. Paris 1956. S. 576 f. — Ferner: Eugen *Leithner*: Geschichte der handels- und absatzwirtschaftlichen Literatur. Köln und Opladen 1961. S. 120.

len aus den verschiedenen Ländern<sup>74</sup>. *Gide* konnte in seinem Optimismus den Übergangscharakter der genossenschaftlichen Unternehmensform noch nicht erkennen. Eine steigende Zahl von Genossenschaftsmitgliedern ist eine Erscheinung der Industrialisierung, die sich heute in allen Entwicklungsländern wiederholt, um die Einzelwirtschaften bei offener Mitgliedschaft und geringer Kapitalbeteiligung in den marktwirtschaftlichen Kreislauf allmählich einzubeziehen.

Die Genossenschaftsstatistiken registrierten durchaus ein bedeutendes soziologisches Ereignis. Die soziale und wirtschaftliche Struktur, die die Genossenschaft zwischen die Personen- und die Kapitalgesellschaft einreicht, verhilft ihr jedoch nicht dazu, in jene Sektoren der Volkswirtschaft vorzudringen, die große Kapitalansammlungen in flexibler Weise für die Anteilseigner benötigen. Hätte *Gide* damals schon Statistiken über die wachsende Zahl der Anteilseigner an Kapitalgesellschaften gekannt, die mit ihrer Kapitalhergabe bei steigendem Volkseinkommen einen viel größeren Einfluß auf die volkswirtschaftliche Wertschöpfung ausüben, wäre ihm deutlich geworden, daß sich mit dem Ausbreiten der Kapitalgesellschaft ein ökonomisch und soziologisch viel bedeutsameres Ereignis als das steigender genossenschaftlicher Mitgliederzahlen vorbereitete<sup>75</sup>.

### 3. Die beginnende Relativierung der genossenschaftlichen Unternehmungsform

Ein Einfluß anderer Vorstellungen läßt sich in jüngster Zeit erkennen, als ein in der Zeitschrift „Economie Rurale“ übersetzter Vortrag von Karl *Brandt*<sup>76</sup> (USA) die Auffassung frontal angreift, daß die Genossenschaften eine höhere Ethik als andere Unternehmensformen

<sup>74</sup> Vgl. Charles *Gide*: La coopération à l'étranger. Cours au Collège de France 1925—1926. Paris 1927.

<sup>75</sup> Die Zahl der Anteilseigner (Aktionäre) an Kapitalgesellschaften ist statistisch schwer greifbar. Ländervergleiche sind sehr schwierig, weil die rechtliche Definition der Aktiengesellschaft in den einzelnen Staaten unterschiedlich ist. Die mir zur Verfügung stehenden Unterlagen erlauben die Feststellung, daß es in der Bundesrepublik Deutschland kaum mehr Aktionäre als Genossenschaftsmitglieder gibt. Auch für die USA gilt diese Feststellung, wenn man die Aussage auf die an der Börse zugelassenen Aktiengesellschaften beschränkt, die den europäischen Rechtsvorschriften hinsichtlich der Größe entsprechen. Über die größere wirtschaftliche Bedeutung der Aktionäre gegenüber den Genossenschaften in der Volkswirtschaft darf jedoch kein Zweifel herrschen. Die Aktiengesellschaften (corporations) besaßen zum Beispiel 1958 in den USA 86,4 v.H. des gesamten Geschäftsvermögens. Vgl. Christian *Bonte-Friedheim*: Über die Unternehmensform der Landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften (Corporations) in Oregon, USA. Frankfurt/Main 1964. S. 23.

<sup>76</sup> Karl *Brandt*: Le rôle des coopératives d'exploitants agricoles dans une économie dynamique. *Economie Rurale*. 1962. S. 53—59.

haben. *Gide* hätte dagegen noch gelehrt: „Sie (die Französische Revolution von 1789) hat die Demokratie auf dem Gebiete der Politik verwirklicht; die Genossenschaft aber ist Demokratie in der Wirtschaft; denn sie bedeutet die Eroberung der Wirtschaft durch das breite Volk<sup>77</sup>.“ Für *Gide* und seine Nachfahren war das Gewinnstreben des Individualismus, selbst wenn das Kapital in der Aktiengesellschaft auf ähnliche Weise wie in der Genossenschaft vergesellschaftet war, eben abzulehnen<sup>78</sup>, wie die Idee vom Klassenkampf und von Enteignung bei den revolutionären Sozialisten. Obwohl er ausdrücklich die sozialistischen Ziele für eine bessere Ordnung und für mehr Gerechtigkeit anerkannte, sah er in den bisher bestrittenen Wegen eine veraltete Methode der Chirurgie<sup>79</sup>.

Eine Analyse der Agrarprogramme der politischen Parteien, die anlässlich der Wahlen für das Amt des Präsidenten der Französischen Republik im Jahr 1967 durch die Zeitschrift „Paysans“ vorgenommen wurde, ist außerordentlich aufschlußreich<sup>80</sup>. Sie zeigt, daß alle Parteien die landwirtschaftlichen Genossenschaften vorbehaltlos fördern wollen. Auch für die Übernahme weiterer Handels- und Verarbeitungsfunktionen durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften treten alle analysierten politischen Richtungen ein. Nur die Kommunistische Partei äußert sich zu diesem Punkt nicht.

Die in der Bundesrepublik Deutschland bei der Vergabe von Investitionsmitteln vielfach geforderte Wettbewerbsneutralität, keinen Unterschied zwischen Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften auf der einen Seite und zwischen Einzelunternehmen des privaten Landhandels auf der anderen Seite zu machen, stößt in Frankreich noch nicht auf dasselbe Verständnis. Der Gedanke, daß *jedes* Wirtschaftssystem in *jeder* Epoche sehr verschiedene Unternehmensformen benötigt, um sich den unterschiedlichen Anforderungen, die an das Mischungsverhältnis von Kapital, Personen und dem notwendigen Herrschaftswissen über natürliche und soziale Prozesse bestehen, optimal anpassen zu können, scheint sich in Frankreich erst allmählich durchzusetzen. Die Genossenschaft gilt nicht als eine zweckmäßige und erfolgreiche Unternehmensform zur Lösung spezifischer Aufgaben, sie wird vielmehr gern als Unternehmensform zur Lösung sozialer Fragen angesehen. Wenn man aber wirtschaftliches Wachstum will, das den Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft fördert,

<sup>77</sup> *Gide*: Der Kooperatismus. a.a.O. S. 48.

<sup>78</sup> *Gide*: Der Kooperatismus. a.a.O. S. 10 f.

<sup>79</sup> *Gide*: Der Kooperatismus. a.a.O. S. 79 ff.

<sup>80</sup> Vgl. Les parties politiques et l'agriculture. Paysans. Revue trimestrielle. 11. Jg. (1967) N° 63. S. 34.

muß man auch eine Verschiebung in der absoluten und relativen Bedeutung der einzelnen Unternehmensformen (Einzelunternehmen, Personengesellschaften, Genossenschaften, Kapitalgesellschaften, staatliche Unternehmen) hinnehmen.

Eine neue Auffassung, die sich auch in einem 1967 erschienenen Buch eines Mitarbeiters der Zeitung „Le Monde“ ankündigt, sei deshalb zitiert: „Die wahrhafte Wahl besteht nicht darin, die gesamte Landwirtschaft unter das genossenschaftliche Modell zu bringen, wie es einige simple Doktrinäre der Linken verlangen. Die wahrhafte Wahl liegt zwischen einer Landwirtschaft der Sicherheit und geringer Produktivität und einer Landwirtschaft mit freien Unternehmen, organisiert, gesichert, aber auf industrieller und kommerzieller Grundlage<sup>81</sup>.“

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden allerdings zur Korrektur einer falschen Einschätzung der Lage von ihren nicht-genossenschaftlichen Konkurrenten gezwungen. Gegen die infolgedessen angestrebte Ökonomisierung und Kommerzialisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften melden sich aber immer noch Stimmen, die außerhalb der Genossenschaften stehen und eine Neubelebung der traditionsreichen, syndikalistischen Verbände der französischen Landwirtschaft anstreben. Ein 1964 erschienenes Buch protestiert mit eigenwilligen Vorschlägen gegen die zuvor erwähnte „neokapitalistische“ Lösung der wirtschaftlichen Integration, sei sie nun genossenschaftlich oder nicht. Der Autor *Coudreau* schlägt stattdessen die Herauslösung der bäuerlichen Familienbetriebe aus dem Integrationsprozeß vor<sup>82</sup>.

Dazu soll eine kühne Agrar- und Gesellschaftsreform auf dem Lande nicht nur die Basis für eine gemeinsame Maschinennutzung, sondern auch eine gleiche Gehaltszahlung an die nicht in einen hierarchischen Großbetrieb eingegliederten Bauernfamilien ermöglicht werden. Dem Autor schwebt „Die Koexistenz einer verstaatlichten Landwirtschaft und einer liberalen Wirtschaft“<sup>83</sup> vor.

<sup>81</sup> Vgl. François H. de Virieu: *La fin d'une agriculture. Bilan de la Ve République*. Paris 1967. S. 255.

<sup>82</sup> Jean Coudreau: *L'agriculture de demain. Solution paysanne ou solution néo-capitaliste? Pour un nouveau contrat social paysan*. Paris 1964.

<sup>83</sup> Coudreau: a.a.O. S. 144. — Die Gedanken von M. Boesler [Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik. (Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen e. V. H. 17.) Wiesbaden 1964] erinnern hinsichtlich der Gehaltszahlung an Landwirte für die Bodenproduktion an die Ansichten Coudreaus. Sie unterscheiden sich aber davon dadurch, daß bei Boesler in erster Linie eine Begründung für Subventionen entwickelt wird, während bei Coudreau eine grundlegende Agrarreform das Kernstück bildet.



### VIII. Die differenzierte politische Struktur der französischen Bauern

Das französische agrarpolitische Gesetzgebungswerk der jüngsten Zeit hat in der Bundesrepublik Deutschland und anderen EWG-Ländern eine große Resonanz gefunden. Sie kann nur verglichen werden mit der Beachtung, die die Bundesrepublik um die Mitte der fünfziger Jahre mit der Konzeption und Durchführung der Grünen Pläne in Westeuropa erreichte. Die französischen Gesetzesinitiativen wurden unter dem Namen des damaligen Landwirtschaftsministers Edgar *Pisani*, der dieses Amt vom 24. August 1961 bis zum 8. Januar 1966 innehatte, in Deutschland weithin bekannt. Er versuchte erstmals eine Agrarpolitik zu verwirklichen, die an Kühnheit und Geschlossenheit des Konzepts in Frankreich nicht ihresgleichen hatte. Sie ergänzte die bisherige Agrarpolitik des punktuellen Einsatzes der öffentlichen Mittel durch neue Ideen in der Strukturpolitik<sup>84</sup>. *Pisani* erklärte: „Sich systematisch und ausschließlich mit dem Problem der Preise zu beschäftigen, bedeutet letzten Endes, daß man es ablehnt, das eigentliche Problem anzupacken, nämlich das einer tiefgreifenden Veränderung der Agrarstruktur in all unseren Ländern“<sup>85</sup>.

*Pisani* fand innerhalb der organisierten französischen Bauernschaft aber niemals die Unterstützung, die ihr in Deutschland zugemessen wurde. Die schmale Grenze, die grundsätzlich zwischen Preis- und Strukturpolitik besteht, wurde dann auch bald deutlich.

Das Mitglied der Union Démocratique du Travail, einer linken Splittergruppe der Union pour la Nouvelle République (Gaullisten) *Pisani*, wurde deshalb Anfang 1966, nachdem die Realeinkommen der Landwirte in den Jahren 1964 und 1965 zurückgingen, durch den früheren Radikalsozialisten Edgar *Faure* ersetzt. *Faure* wurden nicht nur größere taktische Fähigkeiten im Umgang mit den Vertretern der Bauernverbände nachgesagt, sondern er stellte die Priorität der Einkommenspolitik wieder her<sup>86</sup>. Der Posten des französischen Landwirtschaftsministers ist, wenn man die parteipolitische Zugehörigkeit der französischen Landwirtschaftsminister seit 1882 durchgeht, meistens eine Domäne der Radikalsozialisten (bürgerlich-linksliberal) oder der gemäßigten Linken gewesen<sup>87</sup>. In der Weimarer Republik hatte nur Hermann *Dietrich* (Deutsche Demokratische Partei) als Landwirtschaftsminister von 1928 bis 1930 einer ähnlichen Parteigruppierung angehört. In der Bundesrepublik Deutschland gehörten dagegen alle

<sup>84</sup> *Pisani*: a.a.O. S. 3—9.

<sup>85</sup> *Pisani*: a.a.O. S. 4.

<sup>86</sup> Edgar *Faure*: *Prévoir le présent*. Paris 1966. S. 222 f.

<sup>87</sup> Charles de *Vaugelas*: *Le Ministère de l'Agriculture*. In: *Les paysans et la politique dans la France contemporaine*. (Cahiers de la fondation nationale des sciences politiques, 94.) Paris 1958. S. 253—268.

Landwirtschaftsminister der Bundesregierung der CDU/CSU an. Auch in den Bundesländern ist das Landwirtschaftsressort eine vornehmliche Domäne der CDU/CSU<sup>88</sup>.

Die vornehmliche Betrauung eines Radikalsozialisten mit dem Posten des Landwirtschaftsministers in Frankreich muß in dem Zusammenhang gesehen werden, daß die französische Bauernschaft wohl zu keiner Zeit dieselbe politische Konzentration auf die mehr konservativen Parteien wie die deutsche aufwies. Eine Untersuchung von Joseph Klatzmann<sup>89</sup> anläßlich der Wahlen zur Nationalversammlung aus dem Jahr 1956 erhellt diesen Tatbestand:

Verteilung der bäuerlichen Wählerstimmen in Frankreich 1956  
[in v.H.]

Richtung	Landwirte	Ges. Wählerschaft
Kommunisten .....	17,5	26,0
Sozialisten .....	14,0	15,5
Unabhängige Linke .....	2,5	2,0
Radikalsozialisten .....	9,0	10,5
Radikale Republikaner .....	2,5	2,5
Volksrepublikaner .....	12,5	11,0
Gemäßigte .....	20,5	4,0
Sozialrepublikaner .....	3,5	15,5
Poujadisten .....	14,5	11,5
Äußerste Rechte .....	2,0	1,0
Verschiedene .....	1,5	0,5

Es stimmen im Vergleich zur gesamten Wählerschaft auch in Frankreich mehr Landwirte für die konservativen Parteien. Den stärksten Anteil der bäuerlichen Wählerstimmen hatten mit 20,5 % damals die Gemäßigten. Sozialisten, Radikalsozialisten und die unabhängige Linke sind fast parallel in der bäuerlichen wie in der gesamten Wählerschaft verankert. Nur die Kommunisten lagen in der bäuerlichen Wählerschaft etwas unter dem nationalen Mittel, während die damaligen „Poujadisten“ leicht darüber lagen. Die französische Bauernschaft zeigte sich in dieser Untersuchung politisch außerordentlich differenziert. Es besteht aber auch heute — 12 Jahre später — kein Anlaß zu der Annahme, daß die politische Vielfalt inzwischen völlig aufgehoben oder einseitig in Richtung der Gaullisten verschoben wurde. Ob sich durch die Abwanderung aus der Landwirtschaft die bäuerlichen Wählerstimmen jetzt relativ mehr auf die Rechte konzentrieren, läßt sich gegenwärtig nicht angeben.

<sup>88</sup> Die von anderen Parteien in den Bundesländern gestellten Landwirtschaftsminister waren oder sind bei der SPD *Arp* (Schleswig-Holstein), *Kubel* (Niedersachsen), *Troescher* (Hessen), *Wienand* (Nordrhein-Westfalen), beim BHE *Hacker* (Hessen) und von der FDP *Effertz* (Nordrhein-Westfalen).

<sup>89</sup> Josef Klatzmann: *Géographie électorale de l'agriculture française*. a.a.O. S. 39—57.

Die reichen Gesetzesinitiativen und die umfassenden gesetzlichen Regeln, die die französische Agrarpolitik in den Jahren der V. Republik für den deutschen Beobachter kennzeichneten, unterschieden sich kaum von denen der früheren Republiken<sup>90</sup>. Nur nahm vor dem Gemeinsamen Markt kein deutscher Beobachter von der französischen Besonderheit Notiz, Agrarpolitik durch den fortwährenden Erlass von Spezialgesetzen zu machen. *Debatisse* trifft in seinem Kommentar die Feststellung, daß die Notabeln — oder Honoratioren — glauben, sich ihren bauerlichen Wählern am besten durch Gesetze in Erinnerung zu bringen. Wie die zitierte Wahlanalyse von 1956 und die Auswertung der früher erwähnten Agrarprogramme zur Präsidentschaftswahl vom Jahr 1967 zeigten, ist der Schluß zwingend, daß sich infolge der Struktur der landwirtschaftlichen Wähler alle französischen Parteien mit Landwirtschaftsfragen befassen müssen.

Auf der anderen Seite hat die enge personelle Verflechtung, die zwischen den führenden Kräften des Deutschen Bauernverbandes, den Genossenschaften und anderen landwirtschaftlichen Organisationen mit der politischen Organisation der CDU/CSU im Bund, den Ländern, auf Kreis- und Ortsebene besteht, in Frankreich keine gleichwertige Parallele. Die unmittelbare politische Vertretung der Bauernschaft wird in Frankreich mehr von den Honoratioren als den Landwirten selbst ausgeübt. Die Delegation der politischen Vertretung an die Honoratioren führte in der Vergangenheit dazu, daß seitens vieler Landwirte die Forderung nach einer eigenen Bauernpartei erhoben wurde. Als Vorbild dienten dabei die skandinavischen — und vor dem Krieg auch die ost- und südosteuropäischen — Bauernparteien. Der Gedanke konnte nur aufkommen, weil sich die französischen Bauern nicht durch sich selbst ausreichend in den politischen Parteien vertreten sahen<sup>91</sup>.

Die größere organisatorische und in einem gewissen Sinne auch politische Geschlossenheit der Bauern in der Bundesrepublik und die unmittelbare politische Vertretung ist eine politische, soziologische und geographische Folge des Zweiten Weltkrieges. Die politische Integration der Landwirte in die größte Wählerpartei wurde in der Bundesrepublik auch dadurch erleichtert, daß die Spitzenvertretung des Berufsstandes aus den Händen des adligen Grundbesitzers mehr oder weniger in die des bauerlichen Hofbesitzers überging. Der Vorteil der weitergehenden politischen Integration der Landwirte in eine

<sup>90</sup> Diese Meinung vertritt z.B. Michel *Debatisse* im Aufsatz: *Le monde paysan et les institutions politiques*. *Paysans*, Revue bimestrielle. N° 63 (1967). S. 7—18. — Vgl. hierzu weiter: *Ders.*: *La révolution silencieuse. Le combat des paysans*. Paris 1963.

<sup>91</sup> Über den Kampf um die Vorherrschaft in den Landwirtschaftsverbänden zwischen verschiedenen politischen Richtungen berichtet *Wright*: a.a.O.

Partei, ohne daß die Vertretung durch lokale Honoratioren in Anspruch genommen werden muß, und die relative Geschlossenheit der politischen Haltung geben den deutschen Landwirten manchen Vorteil gegenüber ihren französischen Kollegen. Selbstverständlich können die politischen Institutionen und Traditionen eines Volkes und eines Berufsstandes nicht einfach in Vor- und Nachteile aufgerechnet werden, denn sie sind das Ergebnis des schwer durchschaubaren historischen Prozesses. Das Erproben neuer Ideen in der Agrarpolitik (z. B. Erzeugergemeinschaften oder die 1964 eingeführte Erntepflichtversicherung bei Katastrophen) wird infolge der differenzierteren politischen Struktur deshalb im Gemeinsamen Markt fast eher aus Frankreich kommen, weil die innerfranzösischen Diskussionsergebnisse nahezu automatisch auf die EWG-Ebene übergreifen. Westdeutschen Vertretern, die der agrarpolitisch-kritischen Diskussion eines Problems von vielen Seiten entwöhnt sind, kommen ohne die notwendigen politischen Grundkenntnisse deshalb leicht in die Defensive. Es ist weiter notwendig, zu erkennen, daß manche Lösungen, die die innerfranzösische Diskussion als revolutionär erscheinen läßt — z. B. das Vorkaufsrecht der staatlichen Siedlungsgesellschaft — in Deutschland schon lange eingeführt sind. Vergleichende agrarpolitische Studien können deshalb viel zur Klärung der Situation beitragen.

## Summary

### Ideas and Tendencies in French Economic and Agricultural Policy

Object of the article is the theoretical and philosophical background of French 'planification', compared with contemporary development in the Federal Republic of Germany. Regarded by many as the main cause of the quick economic recovery of France after World War II, planification policies are rooted in a deep distrust in traditional economic liberalism. A critical attitude towards conservative optimism with respect to the results of price mechanism gives priority to technological progress. Planification is a deliberate attempt to accelerate this progress.

Since the French have abandoned (in their fifth plan, 1966—1970) the practice of setting production aims for different branches, planification today means basically only the planning of government investment. On the other hand, the Federal Republic of Germany has initiated (in fall 1966) a system of multi-annual fiscal planning policies. So the once remarkable differences between the instruments of economic policy in both countries have considerably decreased.

It is hard to notice any specific influence of planification on French agricultural policy. In general, community projects had priority over government help for individual farms. Since the number of farms on the market has considerably decreased in the course of agricultural technological progress, French agricultural policy, concentrated on community projects, could exercise strong influence on Bruxelles EEC authorities.



Modern history of agricultural market regulations as a protection against overseas competition began at the same time in Germany and France. In Germany it was initiated by conservatives, in France by socialists. Cooperatives are of special importance for French agricultural market regulations, they are still regarded as enterprises on a higher level of ethics. The votes of French farmers are rather equally distributed among political parties, so they all have to deal intensely with problems of agriculture.